

**Motion Bühler Adrian und Mit. über eine Standesinitiative für Politikerinnen im Mutterschaftsurlaub**

eröffnet am 28. Januar 2020

Die Bundesgesetzgebung soll so angepasst werden, dass Frauen ihre politischen Parlamentsmandate (auf allen drei staatspolitischen Ebenen) während des Mutterschaftsurlaubes wahrnehmen können, ohne die Mutterschaftsentschädigung und den Mutterschutz zu verlieren. Der Regierungsrat wird beauftragt, eine entsprechende Standesinitiative einzureichen.

Begründung:

In der Dezembersession 2019 hat der Luzerner Kantonsrat die Einführung einer Stellvertretungsregelung im Kantonsrat (Motion M 699 von Rahel Estermann) abgelehnt. Die Befürworter dieser Regelung argumentierten hauptsächlich damit, dass es mit Stellvertretungen möglich sei, Parlamentarierinnen im Mutterschaftsurlaub zu ersetzen.

Tatsächlich ist es so, dass eine Frau im Mutterschaftsurlaub ihren Anspruch auf Mutterschaftsentschädigung aus dem Haupterwerb (d.h. aus ihrer beruflichen Tätigkeit) zu verlieren droht, wenn sie während ihres Mutterschaftsurlaubs an den Tätigkeiten des Parlamentes (Rats- und Kommissionssitzungen) teilnimmt. Das ist stossend, weil es sich nicht um die Wiederaufnahme der eigentlichen Erwerbstätigkeit handelt.

Zweifelsohne sind die Bestimmungen des Mutterschutzes und der Mutterschaftsentschädigung wichtige Errungenschaften. Mit diesen Errungenschaften gilt es, äusserst sorgsam umzugehen. Gleichwohl hat eine durch das Volk gewählte Parlamentarierin einen anderen Auftrag zu erfüllen als eine Person in einem Arbeitsverhältnis. Junge Mütter werden durch die aktuelle Gesetzgebung faktisch von der Wahrnehmung ihres Volksauftrages und ihrer Präsenz im Parlament abgehalten. Das ist mit der Idee unseres Milizsystems nicht vereinbar. Schliesslich gefährden die wenigen durch die parlamentarische Tätigkeit bedingten Absenzen weder den arbeitsrechtlichen Mutterschutz noch das Kindeswohl.

Aus diesen Gründen wird der Regierungsrat beauftragt, mit einer Standesinitiative die Anpassung der Bundesgesetzgebung zu fordern. Frauen sollen künftig ihre politische Parlamentsmandate (auf allen drei staatspolitischen Ebenen) während des Mutterschaftsurlaubes wahrnehmen können, ohne die Mutterschaftsentschädigung und den Mutterschutz zu verlieren.

Bühler Adrian

Nussbaum Adrian

Affentranger-Aregger Helen

Lichtsteiner-Achermann Inge

Kaufmann Pius

Roos Guido

Bernasconi Claudia

Kurmann Michael

Schnider-Schnider Gabriela

Bucher Markus

Gasser Daniel
Schmassmann Norbert
Bucheli Hanspeter
Piani Carlo
Odermatt Markus
Galliker Priska
Marti Urs
Zurkirchen Peter
Jung Gerda
Rüttimann Daniel
Zehnder Ferdinand
Gehrig Markus
Grüter Thomas
Zurbriggen Roger
Oehen Thomas
Kaufmann-Wolf Christine
Krummenacher-Feer Marlis
Hunkeler Yvonne
Piazza Daniel
Peyer Ludwig
Estermann Rahel
Bucher Noëlle
Frey Monique
Koch Hannes
Meyer-Jenni Helene
Sager Urban
Schneider Andy
Muff Sara
Wimmer-Lötscher Marianne
Ledergerber Michael
Roth David
Moser Andreas
Budmiger Marcel
Meyer Jörg
Keller Irene
Zemp Gaudenz
Scherer Heidi
Boos-Braun Sibylle
Amrein Ruedi
Dickerhof Urs
Spörri Angelina